

31. März 2026 | LESERFORUM

„Der Bürgerwille muss Bestand haben – so funktioniert Demokratie“

Von **Von unseren Lesern**

Zum Thema Straßensperrung Gröningen-Bölgental

Was für eine gute Nachricht muss es für die Gemeinde Satteldorf gewesen sein, als sie erfuhren, dass im Auftrag des Landratsamtes Schwäbisch Hall die Seitenstreifen eines Feldweges instand gesetzt werden, um dem Schulbus zu ermöglichen, Bölgental ohne Komplikationen zu umfahren und nicht an einer gefährlichen Kreuzung wenden zu müssen.

Ausweichstellen werden hier an der Straße nach Gröningen geschaffen – wie im vorherigen Jahrhundert. Eine Zumutung und Frechheit, vor allem gegenüber den Bewohnern Bölgentals, die tagtäglich meist diese Straße benutzen. Welcher Fahrer, insbesondere Lkw-Fahrer hat heute noch Zeit, in Ausweichstellen zu warten, bis beispielsweise ein 20-km/h Schlepper diese passiert.

Eine denkwürdige Entwicklung.

Den Verantwortlichen im Landratsamt möchte ich nahelegen, sich besser um ihre Kreisstraße von Bölgental nach Wallhausen zu kümmern. Diese erinnert mich noch aus früherer Zeit an eine Panzerstraße.

Das Landratsamt als kommunale und zugleich staatliche Verwaltungsbehörde muss sich doch selbst einmal fragen, wie es sein kann, dass in manchen Wahlbezirken ihres Einzugsgebietes und darüber hinaus bis zu 25 Prozent der Wählerstimmen an eine Partei gehen, die vom Verfassungsschutz derzeit als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft wird.

Dies sind nicht alle überzeugte Parteianhänger oder Unterstützer ihres Programms, sondern es handelt sich häufig um Proteststimmen verbitterter und enttäuschter Bürger gegenüber Behörden und deren Vorgehensweise. Viele Menschen haben das Gefühl, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird, ihre Anliegen nicht ernst genommen werden und man über sie hinweggeht.

Der Frust über diese Entscheidungsträger in der Bevölkerung ist groß. Eine denkwürdige Entwicklung.

Der Bürgerwille muss Bestand haben – so funktioniert Demokratie. Ein Bürgerentscheid wie in Satteldorf, bei dem rund 67 Prozent gegen den Steinbruch gestimmt haben, ist das beste Beispiel. Auch unser Landratsamt und dessen Chef sollten das endlich einmal begreifen.

Wo sind sie zur Schule gegangen? Wir wollen hier an diesem Ort keinen Steinbruch. Im weitesten Sinne tragen sie auch eine Mitschuld, wenn wir vielleicht nach der nächsten Wahl einen Ministerpräsidenten aus den Reihen einer Partei bekommen, die ich nicht will.